

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2002
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Sachsen-Anhalt

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Magdeburg am 23. Februar 2002)

Quelle/Zitierweise:

<http://www.fdp-sachsenanhalt.de/download/fdp-wahlprogramm-lsa-2002.pdf>; 31.08.2006

Archiviert als PDF-Dokument; Signatur IN5-169



FDP-Programm für die Landtagswahl 2002

Die Entwicklung Sachsen-Anhalts ist alarmierend. Nach acht Jahren PDS-höriger Landespolitik zeigt sich das ganze Ausmaß der Fehlentwicklungen, die von der SPD-Landesregierung zu verantworten sind. Sachsen-Anhalt hat unter allen Bundesländern die höchste Arbeitslosigkeit und das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen, es hat die stärkste Abwanderung und den niedrigsten Anteil von Selbständigen an den Erwerbspersonen. Der Mittelstand schrumpft. Ansiedlungen von Industriebetrieben, Existenzgründungen und neue, rentable Arbeitsplätze gibt es viel zu wenig.

Die Finanzlage ist katastrophal, und die Landesregierung zieht daraus die falschen Schlüsse: Sie kürzt öffentliche Investitionen drastisch, lässt aber den aufgeblähten Verwaltungsapparat unverändert. Sie setzt auf staatliche Arbeitsbeschaffung statt auf bessere Rahmenbedingungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze. Die Bildungspolitik ist zukunftsfeindlich: die Einführung des 13. Schuljahrs, der Förderstufe und der Grundschule mit festen Öffnungszeiten entstammen sozialistischer Ideologie und nicht pädagogischer Vernunft.

So darf es nicht weitergehen. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die in sozialistischen Kategorien denkt und die Zukunft des Landes verspielt. Sachsen-Anhalt hat vieles zu bieten: eine zentrale Lage, ein großartiges kulturelles Erbe, eine imponierende Wirtschaftsgeschichte, eine kreative und tüchtige Bevölkerung. Das Land braucht einen neuen Start.

Damit hier endlich was passiert. Für Sachsen-Anhalt.

Das ist die Devise der FDP. Bei den Landtagswahlen am 21. April 2002 wollen wir für einen neuen Aufschwung in Sachsen-Anhalt sorgen, mit Tatkraft und mit Optimismus. Wir wollen keine Ideologien mehr, die Fronten aufbauen zwischen den Menschen. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft und den Rechtsstaat sichern. Wir wollen mutige Entscheidungen, die positive Veränderungen bewirken und den Weg freimachen in eine bessere Zukunft, vor allem durch

- mehr Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur,
- eine Offensive in der Ansiedlungspolitik, damit neue Arbeitsplätze vor allem im Mittelstand entstehen,
- eine zukunftsweisende Schul- und Bildungspolitik,
- eine Stärkung von Wissenschaft und Forschung,
- einen Abbau von Bürokratie,
- mehr innere Sicherheit und
- starke Städte, Gemeinden und Kreise.

Wir Freien Demokraten in Sachsen-Anhalt fordern die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, mit uns für den neuen Start unseres Landes zu kämpfen. Nur mit einer starken FDP-Landtagsfraktion und einem entscheidenden Einfluss der FDP auf die neue Landesregierung wird unser Land wieder vorankommen.

Damit hier endlich was passiert: Mehr Arbeitsplätze durch Wirtschaftsaufschwung

Rahmenbedingungen schaffen für ein positives Investitionsklima

Aufgabe der Politik ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen für das Wachstum der Wirtschaft und die Entstehung von Arbeitsplätzen zu schaffen. An dieser zentralen Aufgabe sind SPD und PDS in Sachsen-Anhalt kläglich gescheitert. Das Investitionsklima ist miserabel, der Ruf des Landes als Wirtschaftsstandort hat einen Tiefpunkt erreicht.

Es gilt, die Kompetenz der Freien Demokraten in der Wirtschaftspolitik wieder für dieses Land nutzbar zu machen. Schwerpunkte einer liberalen Wirtschaftspolitik für Sachsen-Anhalt sind folgende Punkte:

- zügiger Ausbau der Verkehrswege
- nachhaltige Förderung des Mittelstands, insbesondere mittels Senkung des Steuer- und Abgabenniveaus
- Abbau der Bürokratie,
- Offensive für industrielle Ansiedlungen und Existenzgründungen,
- Offensive für Innovationen,
- Offensive für Biotechnologie,
- ausgewogene Energiepolitik,
- moderner Städte- und Wohnungsbau,
- Zusammenarbeit über Ländergrenzen in Mitteldeutschland und
- verlässliche Agrarpolitik für Landwirte und Verbraucher.

Zügiger Ausbau der Verkehrswege

In den ersten Jahren nach der Wende konnte Sachsen-Anhalt bei der Modernisierung seiner Infrastruktur beachtliche Erfolge erzielen: Die Telekommunikation, das Verkehrswegenetz und die Versorgungseinrichtungen wurden in wichtigen Teilbereichen auf den modernsten Stand gebracht. Seit dem Amtsantritt der SPD 1994 hat der Aufholprozess deutlich an Tempo verloren. Wichtige Verkehrsprojekte des Landes wurden verschleppt, wichtige Verkehrsprojekte des Bundes in Sachsen-Anhalt wurden nicht mit dem nötigen Nachdruck angemahnt oder, wie bei den Wasserstraßen, sogar blockiert.

Das muss anders werden. Vieles ist noch zu tun, damit Sachsen-Anhalt zu einem Wirtschaftsstandort wird, der seine hervorragende zentrale Lage mitten in Deutschland bestmöglich nutzt. Für den beschleunigten Ausbau der Verkehrswege wird die FDP die Investitionsquote im Landeshaushalt Sachsen-Anhalts deutlich erhöhen. Außerdem wird die FDP dafür sorgen, dass die im Haushalt bereitgestellten investiven Mittel auch tatsächlich verausgabt werden. Schließlich wird sie die Planungs- und Genehmigungsverfahren für wichtige Verkehrsprojekte - wie in den ersten Jahren nach der Wende - deutlich beschleunigen. Dies wird nicht nur zum Ausbau des Verkehrsnetzes, sondern auch zur Verbesserung der Auftragslage in der Bauwirtschaft beitragen.

Eine entscheidende Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen sind gute Verkehrsanbindungen. Deshalb muss alles getan werden, um das Autobahnnetz in Sachsen-Anhalt zu erweitern und zu verbessern. Dringend erforderlich sind

- die Fortführung der A14 durch die Altmark,
- die Westumfahrung von Halle und
- mittelfristig der sechsstreifige Ausbau der A 14 zwischen Magdeburg und Halle.

Auch das Netz der Bundes- und Landesstraßen muss verbessert werden. Dies gilt insbesondere für die zügige Fertigstellung der B6 (neu) von der Landesgrenze bei Ilsenburg bis zur A9 bei Dessau. Mittelstädte und kleinere Ortschaften müssen an den Fernverkehr angeschlossen und durch den Bau von Umgehungsstraßen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Generell sind die planungstechnischen Voraussetzungen zu schaffen für den Ausbau und die Verdichtung des Landes- und kommunalen Straßennetzes. Für Projekte, die vom Staat kurzfristig nicht zu finanzieren sind, müssen alternative Finanzierungsmodelle unter Beteiligung privater Investoren entwickelt werden.

Eine wichtige verkehrspolitische Aufgabe ist die Beseitigung von innerstädtischen Staus und Engpässen. Der Abbau von Blechlawinen durch den Ausbau von Straßen muss zu einem vorrangigen Ziel werden. Der Etat für den Straßenbau muss deshalb deutlich erhöht werden. In den Planfeststellungsverfahren muss grundsätzlich auch geprüft werden, welche ökonomische und ökologische Kosten der Verzicht von Straßenausbau verursacht.

Das Eisenbahnnetz muss zügig modernisiert werden. Die ICE-Anbindung der Städte Halle und Magdeburg ist unzureichend. Der Bau der ICE-Strecke München-Halle-Berlin muss vorangebracht werden. Magdeburg muss wieder in erheblich höherer Frequenz von ICE-Zügen angefahren werden – u.a. dadurch, dass ICE-Halbzüge im Zwei-Stunden-Takt von der Hauptstrecke Braunschweig-Berlin (über Stendal) abzweigen und die Landeshauptstädte Magdeburg und Potsdam mit Berlin verbinden.

Es ist dringend erforderlich, die Straßen vom Güterverkehr zu entlasten, und zwar durch Verlagerung auf Schiene und Wasser. Dazu bedarf es in Sachsen-Anhalt nicht nur der Modernisierung des Eisenbahnnetzes, sondern auch des Ausbaus der Wasserstraßen Elbe und Saale. Daneben müssen die Schnittstellen zwischen verschiedenen Verkehrsträgern zu leistungsfähigen Güterverkehrszentren ausgebaut werden. So kann die Wettbewerbsfähigkeit auch der Binnenschifffahrt gesteigert werden. Den Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes ist bei alledem auf der Grundlage der vorliegenden Planungen Rechnung zu tragen.

Schließlich gilt es, endlich auch für den Luftverkehr ein klares Konzept zu realisieren. Der Großraum Magdeburg benötigt wie alle vergleichbaren Wirtschafts- und Siedlungsräume der Bundesrepublik einen - und nicht mehrere - Regionalflughäfen. Nachdem das Land Sachsen-Anhalt rund 90 Millionen DM in den Ausbau des Flugplatzes Cochstedt investiert hat, gilt es, durch einen vierstreifigen Ausbau der B 81 die Anbindung der Landeshauptstadt an den 35 km entfernten Flugplatz entscheidend zu verbessern. Zugleich muss das Engagement Sachsen-Anhalts für den Flughafen Leipzig-Halle wieder angemessen verstärkt werden. Außerdem hat das Land kurzfristig alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Bau eines

interkontinentalen Flughafens in der Altmark („Berlin-Airport“) durch private Investoren jederzeit beginnen kann.

Im gesamten Land muss der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zukunftsfähig gestaltet werden. Dies heißt vor allem: kontinuierlicher Ausbau und deutliche Verbesserung der Akzeptanz des ÖPNV in der Bevölkerung. Dazu bedarf es insbesondere einer besseren Vernetzung zwischen individuellem und öffentlichem Verkehr, zum Beispiel durch Sammeltaxen und Rufbus-Systeme bei akzeptabler Tarifgestaltung.

Förderung des Mittelstands

In Sachsen-Anhalt sind nach der Wende mehr als 120.000 mittelständische Betriebe, zum Beispiel in der Industrie, in Handwerk und Handel, in Gastronomie und Hotellerie sowie bei freiberuflichen Existenzen (Praxen, Kanzleien, Ingenieurbüros u.ä.) entstanden. In den meisten Fällen brachten die Neugründungen gute Voraussetzungen mit, um sich dauerhaft wirtschaftlich zu behaupten. Die Bundes- und Landesregierung sind dafür verantwortlich, dass sich das wirtschaftliche Umfeld für den Mittelstand maßgeblich verschlechtert hat. Bedrohlich sind heute insbesondere

- die mittelstandsfeindlichen Maßnahmen der Landesregierung wie die Konkurrenz für den Mittelstand durch öffentliche Betriebe, das Vergabegesetz und konkurrierende AB - Maßnahmen
- die Gesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung wie die Einführung der Öko-Steuer, das sog. 630-Mark-Job-Gesetz, das Gesetz gegen die sog. Scheinselbständigkeit, die Bauabschlagssteuer sowie die Regelungen der sog. Gesundheitsreform für niedergelassene Ärzte.

Verschärft wird die schwierige Lage in vielen Fällen durch die viel zu schwache Eigenkapitalbasis mittelständischer Betriebe, die sich in einem drastischen Anstieg der Insolvenzen niedergeschlagen hat – nicht zuletzt aufgrund der Schwäche des Wirtschaftswachstums in Sachsen-Anhalt, das selbst zum Großteil Ergebnis der Landespolitik ist.

Die FDP wird eine Förderstrategie zugunsten des Mittelstands umsetzen, die gezielt die Probleme von kleineren und mittleren Unternehmen lösen hilft. Förderung der Eigenkapitalbildung, Liquiditätshilfen und Unterstützung bei der Erschließung neuer Geschäftsfelder sind Kernpunkte dieses liberalen Programms. Zur Erhöhung der Exportquote in Sachsen-Anhalt sollen besonders die außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Mittelstandes durch flankierende außenpolitische Maßnahmen und gezielte Exportförderungen unterstützt werden. Neben der Stärkung bestehender Firmen wird die FDP mit einem breit angelegten Existenzgründerprogramm jene unterstützen, die durch ihr Engagement neue Unternehmen gründen und innovative Produkte sowie Handwerks- und Dienstleistungen in den Markt einführen. Dabei setzen wir auf vorbereitende bzw. begleitende branchenübergreifende Qualifizierungen und Beratungen von Existenzgründern sowie die Gewährung von finanziellen Hilfen beim Aufbau der Selbständigkeit und im ersten Jahr der Gründung. Die Schaffung einer Investitions- und Aufbaubank soll dazu einen Beitrag leisten.

Dringlich ist auch die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds für bestimmte Wirtschaftszweige, die mittelständisch geprägt sind. In der Baubranche, aber auch in anderen Teilen des Mittelstandes, sind durch die teilweise äußerst schlechte

Zahlungsmoral privater und öffentlicher Auftraggeber viele mittelständische Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Die FDP wird deshalb im öffentlichen Sektor eine fristgerechte Zahlung konsequent durchsetzen. Der Mittelständler darf nicht als Kreditgeber der öffentlichen Haushalte missbraucht werden. Bei privaten Schuldern muss das Mahn- und das Vollstreckungsverfahren beschleunigt werden. Um dem Wettbewerb mit unlauteren Mitteln einen Riegel vorzuschieben, müssen auch bei uns nach dem Vorbild der Schweiz bei Auftragsvergaben der öffentlichen Hand automatisch das höchste und das niedrigste Angebot unberücksichtigt bleiben. Schließlich darf es keine Wettbewerbsverzerrungen mehr durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) geben. Arbeiten, die von gewerblichen Unternehmen durchgeführt werden können, dürfen nicht mehr durch (staatlich subventionierte) ABM geleistet werden. Die Schwarzarbeit muss konsequent bekämpft werden.

Besondere Beachtung verdienen in Sachsen-Anhalt auch der Tourismus und das vom Tourismus abhängige Gastgewerbe. Die öffentlichen Investitionen in die touristische Infrastruktur müssen erhöht werden. Das Landesmarketing muss ausgebaut und professionalisiert werden. Nur so werden deutlich mehr Menschen das Land mit seinen vielfältigen natürlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten besuchen, als dies bisher der Fall ist; und sie werden dadurch gerade in den wirtschaftlich benachteiligten, aber touristisch attraktiven Regionen den wirtschaftlichen Aufschwung befördern.

Offensive für industrielle Ansiedlungen und Existenzgründungen

Ein Schlüssel zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg Sachsen-Anhalts ist das Investitionsklima für industrielle Ansiedlungen. Das Produzierende Gewerbe wird auch in der globalisierten Zukunft ein wichtiger Motor für das wirtschaftliche Wachstum und das Entstehen von Arbeitsplätzen sein. In wirtschaftlichen Ballungszentren leben Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe in hohem Maße von Aufträgen, die – direkt oder indirekt – aus der Industrie stammen. Es ist deshalb fatal, dass es der PDS-tolerierten SPD-Landesregierung in den letzten Jahren kaum gelungen ist, innovative Betriebe des Produzierenden Gewerbes nach Sachsen-Anhalt zu ziehen. Sie hat in dieser Hinsicht jeden Kredit verspielt und den Ruf des Landes schwer geschädigt. Jüngster bezeichnender Misserfolg ist die Ansiedlung von BMW in Leipzig, die zwar ein Erfolg des mitteldeutschen Wirtschaftsraums als Ganzes darstellt, aber gerade nicht des Landes Sachsen-Anhalts: Mit mehr als einigen Zulieferbetrieben von BMW, die sich im Süden des Landes ansiedeln werden, ist nicht zu rechnen – ganz abgesehen von der verpassten Chance, Gewerbesteuererinnahmen, Sponsorengelder und den Ertrag eines maßgeblichen Imagegewinns einzustreichen.

Die FDP wird eine standortpolitische Offensive starten, die auf die Ansiedlung und Neugründung modernster industrieller Fertigungsstätten abzielt. Zu diesem Zweck wird die FDP Verbände und namhafte Unternehmen zusammenführen, um die Botschaft der Offensive über erfolgversprechende Medien nach innen und außen zu tragen. Es geht dabei um professionelles Standortmarketing, so wie es in Nordrhein-Westfalen mit der Kampagne „Wir im Ruhrgebiet“ geschah: Die nationale und internationale Öffentlichkeit muss endlich umfassend darüber aufgeklärt werden, welche Möglichkeiten der zentrale Standort Sachsen-Anhalt für neue Produktionslinien mit hoher Wertschöpfung hat. Dies gilt insbesondere für die urbanen Zentren des Landes, deren Universitäten, Fachhochschulen und öffentliche

Forschungseinrichtungen das Entstehen innovativer industrieller Aktivität maßgeblich begünstigen – vorausgesetzt, ihr guter Ruf in akademischen Fachkreisen wird auch in die breitere wirtschaftliche Öffentlichkeit getragen.

Offensive für Innovationen

Für die FDP steht außer Frage, dass es in erster Linie industrielle Innovationen in neuen Technologien sind, die über die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit von Regionen entscheiden. Die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren – in enger Kooperation zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen, Industrie und Produzierendem Gewerbe gehört deshalb zu den zentralen wachstumspolitischen Aufgaben.

Die FDP wird das Instrumentarium zur Förderung von industriellen Innovationen maßgeblich ausweiten und verbessern. Um dafür die nötigen Finanzmittel frei zu machen, wird sich die FDP dafür einsetzen, dass die Anteile des Landes Sachsen-Anhalt an der Norddeutschen Landesbank verkauft werden und aus dem Verkaufserlös ein Fonds gegründet wird, dessen Erträge ausschließlich zur Forschungs- und Innovationsförderung zur Verfügung stehen.

Offensive für Biotechnologie

Für die FDP ist die moderne Biotechnologie eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Was Ernährung, Gesundheit und Umwelt betrifft, werden die globalen Herausforderungen nur zu bewältigen sein, wenn es in der Biotechnologie weitere bahnbrechende Fortschritte gibt, die wirtschaftlich umgesetzt werden können. Dies bedeutet zugleich, dass sich die Biotechnologie zu einem Wirtschaftszweig von überragender Bedeutung entwickeln wird. Ähnliches gilt für die Gentechnologie – allerdings in den Grenzen, die durch einen angemessenen rechtlichen Rahmen auf Bundes- und europäischer Ebene gesetzt werden müssen, um ethisch nicht vertretbare Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Die FDP setzt sich dafür ein, dass gerade in Sachsen-Anhalt die Chancen genutzt werden, die sich aus der Bio- und Gentechnologie ergeben. Sachsen-Anhalt gilt zu Recht als die Wiege der deutschen und europäischen Pflanzenzucht und ist ein bedeutender Chemie-Standort. Pflanzenzucht und Chemie gehören zu den Wegbereitern der modernen Biotechnologie. An den Standorten Halle und Gatersleben/Quedlinburg besitzt Sachsen-Anhalt schon heute international anerkannte biotechnologische Wissenschaftspotentiale in den Bereichen Pharma-Entwicklung und Pflanzenbiotechnologie. Erfolg versprechende BioTech-Unternehmen haben sich in den Biozentren Halle und Gatersleben angesiedelt.

Diese positiven Ansätze müssen nachdrücklich gestärkt werden. Die FDP wird deshalb eine Biotechnologie-Offensive anstoßen. Als Schwerpunkttechnologie muss die Biotechnologie eine besondere Förderung bei grundlagen- und anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung erfahren. Dazu ist es geboten, die schon vorhandenen Fördermaßnahmen für bio- und gentechnologische Forschungsprojekte zu bündeln und aufzustocken. Die infrastrukturelle Entwicklung der Biotech-Standorte muss vorangetrieben werden. Es gilt, dem Fachkräftemangel, der sich schon heute abzeichnet, durch gezielte Maßnahmen entgegenzutreten (z.B. durch Werbung für entsprechende Ausbildungsgänge). Eine Studiengebühr für

Verbrauchsmaterialien, wie sie von der SPD-Landesregierung vorgesehen ist, lehnt die FDP strikt ab.

Ausgewogene Energiepolitik

Sachsen-Anhalt ist schon immer nicht nur ein Land der Industrie, sondern auch ein Land der Erzeugung von Energie gewesen. Die FDP tritt für einen ausgewogenen Energiemix ein. Dieser muss neben der Nutzung von Braunkohle auch die Option der Kernenergie offenhalten. Politische Beachtung verdienen daneben alle wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zur rationellen Nutzung der Energie, beispielsweise durch Kraft-Wärme-Kopplung. Die FDP wird deshalb die Markteinführung neuer Technologien zur Energieerzeugung beschleunigen und im Zuge der Schließung vieler Deponien die Verwendung von Abfallenergie aus Müllverbrennungsanlagen fördern. An den Seen, die in Tagebaurestlöchern entstanden sind, lassen sich Pumpspeicherwerke in Kombination mit Solarenergie betreiben. Maßnahmen der Energieerzeugung aus Restholz, aus energiereichen Abfällen, aus nachwachsenden Rohstoffen der Landwirtschaft und aus Kläranlagen hält die FDP für notwendig und richtig.

Auch im Energiebereich gibt es zukunftsweisende Forschung. Politische Beachtung verdienen besonders jene Forschungszweige, die sich mit einer effektiven Bereitstellung von Wasserstoff beschäftigen und damit den Weg für eine moderne Brennstofftechnologie ebnen können. Gleiches gilt für die Forschung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energieträger und der Brennstoffzellen.

Zeitgemäßer Stadtumbau

Eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung wird in der Zukunft die bauliche Umgestaltung unserer Städte erhalten. In Anbetracht massiver Abwanderung und schrumpfender Bevölkerung, die durch die bisherige Landespolitik maßgeblich mitzuverantworten sind, ist zunächst die Kommunalpolitik gefordert. Sie muss Konzepte zur lebenswerten Gestaltung der Innenstädte vorlegen. Die frühere Bedeutung von Großsiedlungen wird weiter zurückgehen. Trotzdem muß es auch zukünftig ein Angebot an preiswerten Wohnungen in Großsiedlungen geben. Ein weiterer Schwerpunkt muß in der Gestaltung von kleingliedrigen Einheiten liegen, die City und Naturnähe bestmöglich verbinden. Die FDP begreift die große städtebauliche Chance, Sachsen-Anhalt noch attraktiver zu gestalten. Attraktive Städte sind eine Grundvoraussetzung für Investitionsentscheidungen und für das Bekenntnis der Bürger zu ihrem Wohnort.

Die FDP steht für eine Landes- und Bundespolitik, die diesen Prozess positiv begleitet und befördert. Er benötigt eine langjährige und verlässliche öffentliche Förderung, die höher ist als in den letzten Jahren. Eine Voraussetzung für eine wirkungsvolle Marktstabilisierung ist, daß die Altschulden für abgerissene Wohnungen komplett erlassen werden. Die FDP befürwortet Programme der Objektförderung, für die private Bauherren und Wohnungsgesellschaften bzw. Genossenschaften in gleicher Weise antragsberechtigt sind. Der jetzige Verfahrensablauf beim Landesförderinstitut ist zu optimieren. Die bürokratischen Hemmnisse bei der Antragsstellung und –bewilligung der öffentlichen Förderung müssen beseitigt werden.

Länderübergreifende Zusammenarbeit in Mitteldeutschland

Wer die wirtschaftliche Entwicklung von Sachsen-Anhalt voran bringen will, darf mit seinem Denken und Handeln nicht an Ländergrenzen Halt machen. Im weltweiten Wettbewerb der Regionen gilt es vielmehr, die Chancen von Sachsen-Anhalt im Standortwettbewerb auch dadurch zu vergrößern, dass unser Land gemeinsam mit den Ländern Sachsen und Thüringen die mitteldeutsche Wirtschaftsregion als einheitlichen Wirtschaftsraum klar profiliert. Die FDP plädiert deshalb für die Entwicklung eines gemeinsamen Leitbildes „mitteldeutscher Wirtschaftsraum“.

Die FDP spricht sich weiterhin dafür aus, die Staatsverträge der drei Bundesländer zu erweitern und durch eine ständige Regionalkonferenz aller betroffenen Einrichtungen der gewerblichen Wirtschaft und der Verwaltung zu ergänzen. Hinzu kommen muss ein professionelles, weltweites Regionalmarketing. Bereits bestehende gemeinsame Einrichtungen (z.B. beim Öffentlichen Personennahverkehr und im Bereich der Biotechnologie) müssen weiter ausgebaut werden.

Mehr Flexibilität bei der Schaffung und Vermittlung von Arbeitsplätzen

Durch eine großzügige Neuregelung der bisherigen 630,-- DM-Jobs und andere Maßnahmen müssen mehr Anreize für die Teilzeitarbeit geschaffen werden. Der Vorschlag der FDP-Bundestagsfraktion, in Zukunft 630,-- Euro-Jobs ohne Sozialabgaben und mit einer geringen steuerlichen Pauschale zu ermöglichen, ist vom Land Sachsen-Anhalt im Bundesrat nachhaltig zu unterstützen.

Auch bei der Vermittlung von Arbeitsplätzen müssen neue Wege gegangen werden. Der statistische Skandal der Bundesanstalt für Arbeit macht überdeutlich: Private Vermittler müssen bei der Arbeitsvermittlung mehr Chancen bekommen. Deshalb muss ihr Angebot bei der Bundesanstalt für Arbeit in Zukunft stärker berücksichtigt werden. Zusätzlich muss Zeitarbeit besser gefördert und für Arbeitnehmer attraktiver gestaltet werden.

Verlässliche Politik für Landwirte und Verbraucher

Die Landwirtschaft ist und bleibt gerade in Sachsen-Anhalt ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie hat für die FDP deshalb einen sehr hohen Stellenwert. Angesichts der ideologisch geprägten „neuen Agrarpolitik“ der rot-grünen Bundesregierung kämpft die FDP für einen verlässlichen Handlungsrahmen für landwirtschaftliche Betriebe und bekennt sich zu einer flächendeckenden Landwirtschaft. Vorrangiges Ziel ist dabei die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln nach den unterschiedlichen Wünschen der Verbraucher. Der Verbraucher ist objektiv über die Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu informieren – sowohl über ökologisch als auch konventionell erzeugte Produkte. Im Vordergrund steht für die FDP das Vertrauen der Verbraucher zu der konventionellen Produktion, die mit 98% den Markt dominiert und durch ein dichtes Netz von gesetzlichen Regelungen zum Umwelt- und Verbraucherschutz kontrolliert wird. Die notwendigen Kontrollmaßnahmen sind verantwortungsvoll umzusetzen, damit der Verbraucher vom hohen Qualitätsstandard – insbesondere aus der heimischen Produktion - nachhaltig überzeugt bleibt.

Ökologisch wirtschaftende Unternehmen bedürfen in der Umstellungsphase einer speziellen Beratung. Eine überzogene Propagierung und finanzielle Unterstützung ökologischer Produktion neben der EU-Förderung lehnt die FDP ab. Denn einseitige Propaganda stört das Marktgleichgewicht und schadet nicht zuletzt den ökologisch wirtschaftenden Unternehmen.

Die zu Beginn der neunziger Jahre entstandene Agrarstruktur war die Voraussetzung dafür, dass sich die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Unternehmen in Sachsen-Anhalt im Vergleich der Bundesländer gut entwickelt hat. Nicht zu verkennen sind jedoch die großen Einkommensunterschiede, die in den natürlichen Ertragsbedingungen, den Produktionsschwerpunkten, aber auch in der individuellen Bewirtschaftung ihre Ursachen haben. Landespolitische Instrumente wie der nachhaltig zu befürwortende Vertragsnaturschutz, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete und Beratung sind hier gezielt einzusetzen.

Mit der Agenda 2000 hat die Europäische Union eine Angleichung an das Preisniveau auf dem Weltmarkt in die Wege geleitet, und zwar durch ein kompliziertes Ausgleichs- und Kontrollsystem. Dieses System muss in den kommenden Jahren überprüft werden. Die FDP wird sich für ein System einsetzen, das die Antrags- und Verwaltungsverfahren vereinfacht und flächengebundene Ausgleichszahlungen unter Berücksichtigung des Grünlandes in den Mittelpunkt stellt.

Eine gute Agrarpolitik darf langfristig existenzfähige Betriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nicht behindern. Die FDP setzt sich deshalb gegen Förderobergrenzen und gegen eine überproportionale Belastung größerer Betriebe gleich welcher Rechtsform ein. Die Agrarpolitik des Bundes darf nicht gegen die Landwirtschaft ganzer Regionen wie Sachsen-Anhalt und der neuen Bundesländer insgesamt gerichtet sein.

Die landwirtschaftliche Produktion muss auf eine nachhaltige Ertragsfähigkeit und umweltgerechtes Handeln abzielen. Bewirtschaftungseinschränkungen, die über die allgemein geltenden gesetzlichen Grundlagen hinausgehen, müssen daher angemessen ausgeglichen werden. Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten und auf Deichen sind an Landwirte zu vergeben, statt sie von kostenträchtigen Verwaltungen durchführen zu lassen. Eine extensive Bewirtschaftung im Rahmen des Vertragsnaturschutzes muss Vorrang vor der Ausweisung von Naturschutzgebieten haben.

Die FDP setzt sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein. Unterschiedliche Produktionsauflagen und steuerliche Belastungen führen zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen. Die einseitig hohe Gasölsteuer hat in der Vergangenheit insbesondere sensible Bereiche wie den Gartenbau empfindlich getroffen. Die EU-Osterweiterung, die auch von der FDP nachdrücklich befürwortet wird, darf nicht zu besonderen Wettbewerbsnachteilen für die angrenzenden neuen Bundesländer führen.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Funktionserhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum liefern Bodenordnungsmaßnahmen, Flurbereinigung und ländlicher Wegebau einen

wesentlichen Beitrag. Die FDP sieht in diesen Maßnahmen auch einen wichtigen Beitrag zur klaren Abgrenzung der Eigentumsverhältnisse von Grund und Boden.

Maßnahmen der Marktordnung, die auf eine Beschränkung der landwirtschaftlichen Produktion hinauslaufen, müssen langfristig aufgehoben werden. Milchquoten sind definitiv im Jahre 2008 abzuschaffen, also nach Ablauf des Zeithorizonts, den die Agenda 2000 festlegt. Die zur Zeit überdurchschnittlichen Milchpreise dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der erforderliche Kauf von Produktionsquoten die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Ein eventuelles Auslaufen der EU-Marktordnung für Zuckerrüben muss für die landwirtschaftlichen Unternehmen langfristig planbar bleiben.

Damit hier endlich was passiert: Die Bildungsoffensive der FDP.

Im Zeitalter der globalisierten Informationsgesellschaft steht unser Bildungssystem vor großen Herausforderungen, und zwar auf allen Ebenen. Die PISA-Studie hat gezeigt, daß gegenüber den meisten Industriestaaten Deutschland im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit seiner Jugend gefährlich ins Hintertreffen geraten ist. Die FDP sieht in Sachsen-Anhalt sowohl im Schulwesen als auch im Hochschulsystem dringenden Handlungsbedarf. Die PDS-tolerierte SPD-Landesregierung hat in den letzten Jahren entscheidende Weichen falsch gestellt. Die Einführung des 13. Schuljahrs, der Förderstufe und der sog. Grundschule mit festen Öffnungszeiten mit Pflichtanwesenheit der Kinder außerhalb des Unterrichts sind Rückschritte in Richtung überholter Zwangspädagogik. Die Unterfinanzierung der Hochschulen bedroht den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt. Die FDP steht für eine umfassende Bildungsoffensive: Bildungspolitik ist die beste Sozialpolitik.

Spaß und Bildung in Kindertagesstätten

Kinderbetreuung gerade im Vorschulalter wurde von der PDS-tolerierten SPD-Minderheitsregierung zunehmend zum Spielball zwischen Ideologie und Finanznot und geriet völlig aus der inhaltlichen Sicht. Die FDP wird die Möglichkeiten für eine angemessene Bildung bereits im Vorschulbereich schaffen um das spielerische Lernen zu fördern. Die Kindertagesstätten müssen wieder aus dem Image des ungeliebten Kostenträgers und der Bewahranstalt befreit werden. Dabei erfolgt eine Gleichstellung von kommunalen und freien Trägern.

Schulen: In Köpfe investieren!

Die Schule hat die Aufgabe, die unterschiedlichen Begabungen der jungen Menschen bestmöglich zu fördern, um der kommenden Generation ein Höchstmaß an Arbeitsmarktchancen und persönlicher Entfaltung zu bieten. Die Politik muss deshalb für Gleichheit der Bildungschancen, für Vielfalt der pädagogischen Modelle sowie für Durchlässigkeit und Flexibilität des Systems sorgen. Das Bildungssystem muss auf allen Ebenen angemessene Herausforderungen für die jungen Menschen bereithalten. Dies kann die Schule nur leisten, wenn sie nicht weiter zum Opfer von konzeptionslosen Sparmaßnahmen und sozialistischen Bildungsexperimenten wird. Die FDP wird deshalb

- die Qualität des Unterrichts verbessern,
- die Chancengleichheit durch differenzierte Förderung gewährleisten,

- der Vielfalt der Schulformen genügend Freiraum geben,
- Anreize zur Steigerung der Motivation der Schüler und Lehrer schaffen und
- die Schulzeiten verkürzen,
- der Autonomie der Schulen in finanzieller und personalpolitischer Hinsicht genügend Spielraum geben,
- die Unterrichtsinhalte sowie die Aus- und Weiterbildung der Lehrer an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts anpassen

Der Rotstift hat in den Schulen nichts zu suchen: Ausgaben für Bildung sind Investitionen in Köpfe und damit in unsere gemeinsame Zukunft. Unterrichtsausfall in Sachsen-Anhalt muss ein Ende haben. Es bedarf einer angemessenen Unterrichtsversorgung, und zwar durch genügend Lehrerinnen und Lehrer, die fächer- und schulformgerecht ausgebildet sind. Auch die Altersstruktur der Lehrerkollegien muss sich verbessern – und zwar durch verstärkte Einstellung von jungen Lehrerinnen und Lehrern. Um die sozialen Fähigkeiten der Schüler im gebotenen Umfang zu fördern, bedarf es in den Schulen ergänzend noch intensiverer Sozialarbeit als bisher.

Die FDP wird die Lerninhalte verstärkt auf die modernen Anforderungen der globalisierten Informationsgesellschaft ausrichten. Dazu zählen insbesondere

- die Verbesserung der Lese – und Schreibkompetenz,
- die Vermittlung der Grundlagen einer Fremdsprache bereits ab dem 1. Schuljahr, bevorzugt Englisch,
- eine Erweiterung und Vertiefung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts im Pflicht-Fächerkanon der allgemeinbildenden Schulen,
- eine Förderung der Medienkompetenz durch verbesserte Zugänge zu digitalen Netzwerken und entsprechende Anleitung in den Schulen,
- eine vermehrte pädagogische und psychologische Betreuung, um geistigen und körperlichen Schäden sowie kultureller Verarmung durch einseitigen Gebrauch der Medien vorzubeugen.

Chancengleichheit für junge Menschen heißt, die verschiedensten Begabungen frühzeitig zu erkennen und differenziert zu fördern. Dies gilt genauso für Kinder mit Behinderungen oder Lern- und Leistungsschwächen wie für Hochbegabte, deren Entwicklung durch Einrichtung von Begabtenakademien unterstützt werden sollte. Chancengleichheit heißt auch, im Übergang von der Schule zur Hochschule mehr Durchlässigkeit zu erreichen, ohne die Qualitätsstandards zu gefährden. So sollte der Zugang zu Fachhochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur weiter erleichtert werden.

Schulen in freier Trägerschaft gehören in einer pluralistischen Gesellschaft zur unverzichtbaren Vielfalt des Bildungsangebots. Sie dürfen deshalb gegenüber staatlichen Einrichtungen nicht benachteiligt werden, und zwar weder ideell noch finanziell. Die FDP steht dafür, dass den Schulen in freier Trägerschaft faire Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit geboten werden. Dazu zählen auch angemessene Personal- und Sachkostenzuschüsse. Einseitige Kürzungen in diesem Bereich, wie sie die PDS-tolerierte SPD-Landesregierung in der Vergangenheit plante und zum Teil auch durchsetzte, sind ideologisch motivierte Schritte in die falsche Richtung. Mit der FDP wird es solche Schritte nicht geben.

Die FDP steht grundsätzlich für die Verkürzung von Schulzeiten, insbesondere die Wiedereinführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren. Die Einführung des 13. Schuljahrs durch die PDS-tolerierte SPD-Landesregierung ist eine schulpolitische Bankrotterklärung, steht sie doch im Gegensatz zu der längst verbreiteten Erkenntnis, dass die Schulzeiten in Deutschland im internationalen Vergleich eher zu lang als zu kurz ausfallen. Selbst in den alten Bundesländern wird daraus zunehmend die Konsequenz gezogen, die Schulzeit mit dem zwölften Jahr abzuschließen. Die FDP hält es auch aus standortpolitischer Sicht für unabdingbar, dass Sachsen-Anhalt zum Abitur nach zwölf Jahren zurückkehrt. Die FDP will durchsetzen, durch die Möglichkeit frühzeitiger Einschulungen dafür zu sorgen, dass junge Menschen früher mit ihrem Studium oder einer Berufsausbildung beginnen können. Rechtsvorschriften und bürokratische Hemmnisse, die dem entgegenstehen, sollten abgebaut werden. Wissensvermittlung sollte schon im Kindergarten beginnen.

Die FDP bekennt sich zum gegliederten Schulsystem. Seine Aufweichung durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat in Sachsen-Anhalt zu einer Verarmung der Bildungslandschaft geführt. Für die Liberalen hat jede Schulform im gegliederten System seine spezifische und nicht wegzudenkende Aufgabe:

Die **Grundschule** als Basis der Schulbildung hat die Aufgabe,

- die Kinder an schulisches Lernen und Arbeiten in verantwortungsvoller Weise heranzuführen,
- die Kreativität und Lernfreude der Kinder bei der Herausbildung eines soliden Grundwissens zu fördern und
- individuelle Begabungen mittels Differenzierung und Leistungsorientierung zu unterstützen.

Pädagogisch wertvolle Betreuung außerhalb der festen Unterrichtszeiten ist dabei sinnvoll und erwünscht. Sie muss aber ein Angebot bleiben, darf also nicht zur Zwangsverpflichtung werden. Die FDP lehnt deshalb die sogenannte Schule mit festen Öffnungszeiten in der jetzigen Form ab.

Die Liberalen bekennen sich zum **gegliederten Schulsystem**. Dessen Aufweichung durch Rot-Grün in Sachsen-Anhalt hatte fatale Folgen.

Die FDP vertritt folgende Grundsätze:

- Der Übergang zum Gymnasium soll in der Regel ab Klasse 5 erfolgen. Ein späterer Übergang aus der Sekundarschule soll bei Kindern, die über entsprechendes Wissen und Können verfügen, möglich sein.
- Ab Klasse 5 ist für vorwiegend praxis- und manuellorientierte Kinder ein geeigneter Bildungsgang einzurichten.
- Ein gelungener Hauptschulabschluss ist besser als ein misslungener in der Sekundarschule. Daher ist ein Hauptschulabschluss wieder zu ermöglichen.
- Die Aufspaltung und Auflösung der Klassenverbände durch Fachleistungskurse in bis zu fünf Fächern ist schnellsten zu beenden.
- Die Abschlüsse der Sekundarschule müssen so aussagekräftig sein, dass sie von allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere der Wirtschaft, akzeptiert werden können. Hier muss man sich an Bezeichnungen orientieren, die auch in anderen Bundesländern üblich sind.

Bei den **Gymnasien** steht die FDP für

- die Wiedereinführung des Abiturs nach zwölf Schuljahren,
- eine durchgängig hohe Qualität gymnasialer Bildung,

- die Verbesserung des fremdsprachlichen und naturwissenschaftlichen Unterrichts,
- die Verbindlichkeit von drei Leistungskursen, von denen einer als Wahlkurs angeboten wird,
- 1 _die Festschreibung eines Kernkanons, dessen Unterrichtsfächer bis zum Abitur besucht werden müssen, um eine breite Allgemeinbildung sicherzustellen,
- die verstärkte Zusammenarbeit zwischen gymnasialen Oberstufen und den Hochschulen.

Die **Integration** von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen ist zu fördern. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, tritt die FDP für eine Bekanntmachung solcher Beschulungsmöglichkeiten in der Öffentlichkeit, Schaffung von Rahmenrichtlinien, den personellen Ausbau sonderpädagogischer Beratungsstellen und der verstärkten Aus- und Weiterbildung von jungen Lehrer(innen) für Sonderschulpädagogik ein. Ziel muss es sein, schrittweise die personellen, materiellen und baulichen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Unterricht zu schaffen.

Bei den **Berufsbildenden Schulen** besteht, wie bei der Berufsausbildung selbst, grundlegender Reformbedarf. Auf Basisberufen (Grundmodulen) aufbauend müssen weitergehende Qualifizierungsbausteine (Aufbaumodule) vertieftes Wissen vermitteln. Diese Qualifizierungsbausteine ermöglichen den Berufstätigen eine anforderungsbezogene Spezialisierung und spätere Weiterbildung. Freie Bildungsträger sind bei der marktgerechten Aus- und Weiterbildung als gleichberechtigte Partner stärker einzubeziehen (mit Übernahme von Vermittlungsgarantien). Es muss künftig auch möglich sein, einzelne Ausbildungsabschnitte bzw. Ausbildungsmodule in anderen europäischen Nachbarländern zu absolvieren.

Dabei müssen sich die Berufsschulzentren zu Dienstleistern für die Wirtschaft entwickeln. Es genügt heute nicht mehr, am Anfang des Berufslebens Wissen zu akkumulieren, von dem man vierzig Berufsjahre zehren kann. Ein breites Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten für alle Berufsgruppen sichert langfristig den Fachkräftebedarf in unserem Land.

Damit hier endlich was passiert: Offensive für den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt

Die Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt ist in den frühen neunziger Jahren von der damaligen CDU/FDP-Regierung mit Augenmaß aufgebaut worden. Zwei Universitäten mit unterschiedlichen Schwerpunkten, die Hochschule für Kunst und Design sowie fünf Fachhochschulen und zwei Privathochschulen, mit zusammen rund 39.000 Studenten, sind für ein Land der Größe Sachsen-Anhalts keineswegs überdimensioniert. Die Geschichte dieser Lehr- und Forschungseinrichtungen seit ihrer Neugründung ist eine Erfolgsgeschichte: In Ranglisten der Bewertung nach verschiedenen Kriterien stehen einige Fakultäten der beiden Universitäten des Landes auf höchst erfreulichen Spitzenplätzen.

Was den innovativen Gehalt von Lehrangeboten und Abschlüssen betrifft, haben sich die Hochschulen des Landes ebenfalls rundum bewährt. Sie haben trotz zunehmend schwieriger Haushaltslage ihre Chancen genutzt, eigenständige Profile in Forschung und Lehre zu entwickeln und eine große Zahl von Studenten aus den alten Ländern und dem Ausland anzuziehen. So wurden Studiengänge modularisiert, um die Studienzeit zu verkürzen. Und es wurden Studiengänge englischsprachig angeboten, um die internationale Durchlässigkeit des Systems zu gewährleisten und die Chancen junger Akademiker auf den globalen Arbeitsmärkten zu verbessern.

Unter dem damaligen FDP-Minister für Wissenschaft und Forschung wurde der Ausbau der Hochschulen auf die Kapazität von 44.000 flächenbezogenen Studienplätzen als Zielvorgabe beschlossen. Auf der Basis dieser Zielvorgabe war eine ausgewogene finanzielle Ausstattung der Hochschulen möglich. Insbesondere konnte der Vorteil einer wesentlich günstigeren Betreuungsrelation der Studierenden gegenüber den Hochschulen der alten Bundesländer aufrecht erhalten werden, da die Institute über eine ausreichende Zahl von wissenschaftlichen und technischen Mitarbeitern als Erfahrungsträgern verfügten.

Die FDP hält die bildungspolitische Defensive der PDS-tolerierten SPD-Landesregierung für fatal. Die FDP steht für die gegenteilige Strategie: Nicht Einschränkung, sondern Fortbestand und Ausweitung des Forschungs- und Lehrangebots sind geboten, soll der Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt weithin als zukunftsfruchtig wahrgenommen werden. Gerade mit Blick auf die standortpolitische Bedeutung der öffentlichen Forschung – als Kern, um den sich kommerzielle private Forschung gruppieren kann – bedarf es einer neuen **hochschulpolitischen Offensive**. Wie bei den Schulen, so darf auch bei den Hochschulen kein Rotstift ansetzen! Das, was an Infrastruktur im Hochschulbereich aufgebaut worden ist, darf nicht Opfer konzeptionslosen Sparens werden.

Hochschulpolitik ist nicht nur Landespolitik. Die FDP tritt entschieden für eine Hochschulreform in Deutschland ein – und zwar für eine zukunftsfähigere, als sie die rot-grüne Bundesregierung im Sinn hat. Langfristiges Ziel muss es sein, die staatlichen Universitäten und Fachhochschulen in die Lage zu versetzen, im internationalen Wettbewerb der Forschung und Lehre eine führende Rolle zu spielen. Vorbild ist in dieser Hinsicht insbesondere der angelsächsische Kulturraum, der weltweit herausragende Forschungsleistungen erzielt und die meisten Studenten aus anderen Ländern anzieht. Deutschland hat als Industrieland mit starker Bildungstradition und gebührenfreien Studienangeboten eine gute Chance, auch in der globalisierten Informationsgesellschaft wieder zu einem Zentrum der Wissenschaft zu werden, wie es dies schon vor einhundert Jahren war.

Dazu bedarf es auf lange Sicht grundlegender Weichenstellungen, die im wesentlichen in folgende Richtungen gehen:

- **Hochschulstandort Sachsen-Anhalt stärken**

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt müssen deutlich mehr Studiengänge mit international anerkannten Abschlüssen anbieten. Durch ein offensives Hochschulmarketing werben sie für den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt. In Deutschland ausgebildete Fachkräfte sorgen für wichtige außenpolitische, kulturpolitische und wirtschaftspolitische Kontakte mit ihren Heimatländern.

Das Angebot paralleler Studiengänge an den Universitäten und den Fachhochschulen zielt entweder auf die Ausbildung der Studenten in Form von „Wissenschaft als Beruf“ oder auf einen „Beruf der Wissenschaft anwendet“ ab. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Hochschulen intensiviert werden kann und die Synergieeffekte den Standort stärken.

- **Autonomie der Hochschulen umfassend umsetzen**

Den Hochschulen in Sachsen-Anhalt ist Autonomie in Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen auf der Grundlage eines Globalhaushaltes zu übertragen, der auf der Basis der von der FDP ursprünglich für Sachsen-Anhalt konzipierten 44.000 flächenbezogenen Studienplätzen berechnet wird.

Die Übernahme von Eigenverantwortung und die Förderung des Wettbewerbs zwischen den Hochschulen ist zu fördern.

- **Wettbewerb in und zwischen den Hochschulen fördern**

Der Wettbewerbsgedanke – in der Forschung längst verankert – muss auch im Bereich der Lehre verwirklicht werden. Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Hochschulen durch ihre wissenschaftlichen Leistungen und exzellenten Ergebnisse in Ausbildung und Forschung dem Wettbewerb untereinander stellen.

Die bürokratischen Kapazitätsberechnungen, mit denen den Hochschulen Studienanfängerzahlen aufgezwungen werden, können durch die Einführung von Bildungsschecks ersetzt werden, die auch die staatlichen Hochschulen motivieren ihre Leistungen in der Lehre zu verstärken. So werden die Voraussetzungen für ein wissenschaftliches Studium innerhalb der Regelstudienzeit und für eine Verkürzung der Ausbildung des Wissenschaftlichen Nachwuchses geschaffen.

- **Staatsvertrag zur ZVS aufkündigen**

Die FDP wird dafür Sorge tragen, dass der Staatsvertrag zur Arbeit der Zentralen Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) gekündigt wird. Die Abschaffung der ZVS und die Rückübertragung ihrer Kompetenzen auf die Hochschulen ist die Grundbedingung für eine wirkliche Freiheit in Lehre und Studium.

Alle Studienbewerber müssen das Recht erhalten, sich direkt an der Hochschule ihrer Wahl zu bewerben. Die Hochschulen ihrerseits erhalten das Recht, sich unter den Bewerbern die Geeigneten auszusuchen.

- **Profilierung der Hochschulen fördern**

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt müssen ihr Profil selbst bestimmen können, das sie im (inter-)nationalen Wettbewerb erkennbar macht. Das beinhaltet die Einführung neuer Studienfächer und Studienabschlüsse sowie die stärkere Weiterentwicklung einzelner Fachbereiche. Durch regelmäßige interne und externe Evaluation der Ziele und Leistungen der Hochschule in Forschung und Lehre und die Veröffentlichung der Ergebnisse wird es Studienbewerbern erleichtert, die für ihre persönlichen Ziele am besten geeignete Hochschule herauszufinden.

- **Fachhochschulen stärken**

Die Stärkung der Fachhochschulen in Sachsen-Anhalt ist ein dringendes Erfordernis. Der weitere Ausbau des Fachhochschulbereiches sollte unbedingt auf 40% aller Studienanfänger ausgerichtet werden. Ein Studium an der Fachhochschule ist eine gleichwertige, jedoch andersartige Ausbildung. Dem

muss in der gesellschaftlichen Realität entsprochen werden. So ist die diskriminierende Einstufung in den gehobenen Dienst im Öffentlichen Dienstrecht aufzuheben.

- **Ansiedlung von Privathochschulen unterstützen**

Von Sachsen-Anhalt muss ein Signal an die großen Universitäten der Welt ausgehen. Ihr Engagement ist gefragt. Sie sollen im Wettbewerb mit den staatlichen Hochschulen als Reformmotoren wirken und den Wissenschafts- und Forschungsstandort Sachsen-Anhalt stärken.

- **Gründung von Berufsakademien fördern**

Auch in Sachsen-Anhalt sollen die Berufsakademien als Alternative zu einem Hochschulstudium verstanden werden. Ihre straff auf den späteren Beruf orientierten Studiengänge vermitteln in drei Jahren einen berufsqualifizierenden Abschluss.

- **Duale Studiengänge fördern - Teilzeitstudiengänge weiter ausbauen**

Der Aufbau Dualer Studiengänge an den Hochschulen des Landes ist zu fördern, um so ein enges Zusammenspiel von Wirtschaft und Hochschule bei der gezielten Ausbildung von Nachwuchsführungskräften zu fördern.

Ebenso ist befähigten Berufstätigen ein berufsbegleitendes Teilzeitstudium zu ermöglichen.

Die Einbeziehung dualer Komponenten bei der Verbindung von Studium und praktischer beruflicher Ausbildung erfordern von den Hochschulen mehr als nur organisatorische Anstrengungen, um diese Bedingungen als produktive Chance zu begreifen und curricular zu berücksichtigen.

- **Weiterbildungsstudiengänge an den Hochschulen einrichten**

Die Hochschulen Sachsen-Anhalts werden sich auf die hohen Anforderungen an eine zukunftsorientierte Weiterbildung in Form von Weiterbildungsstudienabschnitten schrittweise einstellen. Spezielle Zusatzstudienangebote vertiefen die Wissenschaftskooperation zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft.

- **Graduiertenkollegs fördern**

Auch künftig müssen Graduiertenkollegs an den Hochschulen eingerichtet und gefördert werden. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), deren Anliegen es ist, die Wissenschaft in allen ihren Zweigen zu fördern, trägt dabei eine besondere Verantwortung. Graduiertenkollegs setzen Forschungsschwerpunkte und sind daher nicht auf Dauer angelegte Einrichtungen an den Hochschulen. Dabei ist die Beteiligung des Bundes durch die Übernahme von 65% der Kosten zu nutzen.

- **Bildungsfinanzierung reformieren**

Der gesamte Bereich der Studienfinanzierung muss neu geordnet werden. Daher fordern wir die Einführung von Bildungsschecks in Sachsen-Anhalt und ein konsequentes Eintreten für entsprechende Staatsverträge zwischen den Bundesländern. Ein derartiges Finanzierungssystem sichert den Hochschulen eine leistungsgerechte Vergütung und ermöglicht den Ausbau der bestehenden

Standorte. Durch das Angebot der Hochschulen und die Nachfrage der Studierenden muss eine Lenkung des Finanzierungsstroms, hin zu den Leistungserbringern, bewirkt werden. Der Wettbewerb um die Studierenden, der die Ausbildungskapazität kostengünstig erhöht und die Studienreform endlich voranbringt, wird am besten durch Einführung von Bildungsschecks gefördert. Sie implizieren „Rechte auf Bildung“ und werden vom Staat dem Studierenden für ein Studium bis zum Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden, bei konsekutiven Studiengängen auch eines zweiten Abschlusses als Wertpapier zur Verfügung gestellt.

Die Frage nach einer zusätzlichen Erhebung von Studiengebühren für besondere Leistungen in der Lehre muss künftig den Hochschulen selbst überlassen bleiben.

Damit hier endlich was passiert: Neuer Start für die Kulturpolitik.

Offensive für die Bundeskulturstiftung in Halle

Die Kulturpolitik steht im 21. Jahrhundert vor neuen Aufgaben und es wäre falsch, auf den überlieferten Lösungen zu beharren. Insbesondere die Folgen der deutschen Wiedervereinigung und der weiter fortschreitende europäische Einigungsprozess werfen Fragen und Probleme auf, die nach neuen Lösungen rufen.

Für die FDP ist die Kulturhoheit der Länder alles andere als Verfassungsfolklore. Sie ist die Grundlage der Kulturlandschaft in Deutschland und wird es bleiben. Deshalb hat die FDP auch aktiv die Errichtung einer großen Kulturstiftung der Bundesrepublik Deutschland, denn diese wird dazu führen, dass die Kultur neue Impulse erfährt, befördert wird, ohne dass der Kulturföderalismus dabei Schaden nimmt. Wenn der Bund seine Verpflichtung erkennt, bestimmte, herausragende kulturelle Denkmäler oder Einrichtungen von nationalen wie internationalen Rang in allen Regionen Deutschlands finanziell zu fördern und zu unterstützen, weil dies die zuständigen Kommunen oder Länder nicht leisten können, ist dies doch eine Stärkung des Kulturföderalismus, eine Stärkung eben jener Vielfalt, die das Ziel der Kulturhoheit der Länder ist. Auf Grund der Initiative der FDP, hat die Bundeskulturstiftung zukünftig ihren Sitz in Halle in Sachsen-Anhalt. Die dort sich im Wiederaufbau befindenden Franckeschen Stiftungen sind wegen ihre kulturhistorischen Bedeutung für ganz Deutschland ein idealer Standort für die Bundeskulturstiftung und verfügen zugleich über die notwendigen räumlichen Kapazitäten. Sie sind als Teil des kulturellen Erbes Mitteldeutschlands zugleich Symbol der über die Jahre der Teilung Deutschlands hinweg stets bestehenden kulturellen Einheit der deutschen Nation.

Offensive für einen Kultur-Masterplan für Sachsen-Anhalt

Das „junge“, neue Land Sachsen-Anhalt ist im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ein besonders reich ausgestattetes Kultur-, Musik- und Denkmalland. Daraus ergibt sich für die Politik eine besondere Verpflichtung zur Bewahrung, dem Ausbau und Schutz seines kulturellen Erbes. Diese historisch gewachsene Kulturlandschaft wurde jedoch in der Zeit der Regierung Höppner zunehmend vernachlässigt.

Wir fordern deshalb einen Kultur-Masterplan für Sachsen-Anhalt. Es geht darum, den Kulturstandort Sachsen-Anhalt fit zu machen für die Zukunft und zugleich attraktiven

Lebensraum für die Menschen unseres Landes zu schaffen. Denn die Existenz eines blühenden Kulturlebens bedeutet mehr Lebensqualität für jeden einzelnen Bürger. Der Kultur-Masterplan der Liberalen sieht zunächst die Neuordnung der Kulturverwaltung vorsehen. Es geht darum, effiziente Strukturen im Kulturministerium und den ihm unterstellten Kulturbehörden des Landes zu schaffen. Dabei muss alles auf den Prüfstand. Das Kulturland Sachsen-Anhalt braucht eine moderne, für neue kulturelle Strömungen aufgeschlossene Kulturverwaltung. Die FDP will:

1. Reorganisation der Kulturverwaltungen
2. Erfassen der Bestände und Revision der Subventionspläne
3. Einrichtung eines Kultursenats nach dem Vorbild des Freistaates Sachsen als überparteiliches Beratergremium für Regierung und Parlament
4. Sinnvolle und maßvolle Einbindung neuer interner und externer Partner (als Investoren, Sponsoren, Mäzene, Kulturschaffende etc.)
5. Vernetzung von Kulturverwaltungen und –institutionen

Im zweiten Schritt müssen in Sachsen-Anhalt die rechtlichen Rahmenbedingungen für mehr Kultur verbessert werden. Dabei geht es insbesondere um mehr steuerliche Anreize, aber auch um die Gewinnung von mehr bürgerschaftlichem Engagement etwa durch die Schaffung eines modernen Landesstiftungsrechts und die Abschaffung ehrenamtsbehindernder Verwaltungsvorschriften.

Schließlich braucht Sachsen-Anhalt die dauerhafte und ausreichende Förderung herausragender Kulturinstitutionen und einzelner Kulturprojekte. Durch die Festlegung und Vernetzung kultureller Schwerpunkte werden wir eine bessere kulturelle Infrastruktur schaffen. Dazu gehören beispielsweise das Dessau-Wörlitzer-Gartenreich, die Feiniger-Galerie in Quedlinburg und die Winckelmann-Gesellschaft in Stendal. Die FDP wird sich aber auch entschieden für eine Stärkung der großen Musiklandschaft Sachsen-Anhalts einsetzen. Die einzelnen Festspiele - etwa die Händel-Festspiele in Halle, die Fasch-Musikfestspiele in Zerbst, die Schütz-Tage in Weißenfels und das Kurt-Weill-Fest in Dessau, aber auch die kommunalen Festivitäten während des Sommers, z. B. der Quedlinburger Musiksommer, die 200-Jahr-Feier Goethe-Theater-Bad Lauchstädt oder die Wernigeröder Schlossfestspiele - müssen ihrem jeweiligen Profil angemessen und ausreichend, d. h. auch mit qualifiziertem, ausstrahlendem Programm, ausgestattet werden. Neue Zuschussüberlegungen brauchen auch die Telemann-Festtage in Magdeburg und die Köthener Bachfesttage. Das Händel-Haus hat bis heute noch nicht die angemessene Struktur- und Zuschussgebung, die dieses Haus verdient. Schließlich braucht Sachsen-Anhalt endlich eine Landesmusik-Akademie.

Sport in Tradition und Zukunft

Sport ist für alle Bürger, aber insbesondere für Jugendliche, ein Lebensbereich, in dem sich freiheitliche Entfaltung und soziale Verantwortung bestmöglich ergänzen. Der Sport lebt von Wettbewerb und Leistungsstreben. Freiheitliche Eigenschaften wie Innovationsfreude, Eigeninitiative und Risikobereitschaft, aber auch soziale Eigenschaften wie Fairness und Gemeinschaftsgefühl kommen im Sport zur Geltung. Liberale Sportpolitik heißt, den Sport in all seinen verschiedenen Varianten zu fördern: den Spitzensport ebenso wie den Breitensport, den Sport in Schulen, Vereinen, Betrieben, kommerziellen Einrichtungen ebenso wie den Sport als Freizeitgestaltung, Gesundheitsförderung oder Therapie. Liberale Sportpolitik

bekannt sich zur Entwicklung des Spitzensports aus einer breiten sportlichen Basis heraus. Doping ist konsequent zu bekämpfen.

Während andere Bundesländer längst eine systematische Sportförderung betreiben, gelangt diese in Sachsen-Anhalt als Anhängsel des Sozialministeriums nur selten an das Licht der Öffentlichkeit. Förderrichtlinien, die die Situation der Vereine völlig ignorieren, führen immer wieder dazu, dass Fördermittel verfallen, obwohl der Bedarf an modernen Sportstätten enorm ist.

Die Liberalen werden den Goldenen Plan Ost beim Sportstättenbau in Sachsen-Anhalt befördern und ein Sportförderungsgesetz verabschieden, das den Schwerpunkt der Unterstützung des Sportes auf die Vereine setzt. Dazu gehört auch die Anerkennung der Aufbauleistungen der Vereinsmitglieder als Eigenanteil.

Auch in der demokratisch verfassten Selbstverwaltung des Sports sind liberale Grundüberzeugungen verwirklicht. Es übernehmen dort Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für ihre Vereine und Verbände. Die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt müssen weiter verbessert werden, gerade auch mit Blick auf die Zukunft der Selbstverwaltung des Sports. Bereits Jugendliche müssen schon früh mit dem Wert des ehrenamtlichen Engagements vertraut gemacht werden.

Angemessene, gepflegte Sportstätten sind Voraussetzung für den Breitensport. Dem Sport in der Schule kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da hier der Grundstein für eine lebenslang positive Haltung zum Sport gelegt werden kann. Gleichzeitig gewinnt der Seniorensport zunehmend an Bedeutung – für die Sicherung der Lebensqualität von immer mehr Menschen, die auch noch in höherem Alter mit Freude an der Bewegung das Leben genießen wollen.

Umweltschutz mit Augenmaß

Eine intakte Umwelt ist entscheidende Voraussetzung für das Wohlbefinden und den Fortbestand der Menschen und des Lebens auf der Erde. Die Möglichkeit des vernünftigen Wirtschaftens ohne Lebenswertverlust muss gerade im 21. Jahrhundert erhalten bleiben. Moderne Umweltpolitik ist somit Gestaltungspolitik. Sie legt Maßnahmen fest, um die Art und Weise zu beeinflussen, wie Menschen die Umwelt nutzen. Es geht dabei letztlich um das Verhältnis – meistens einen Kompromiss - zwischen Schutz der Umwelt und Nutzung der Umwelt. Nüchterne Abwägung zwischen diesen berechtigten Zielen ist der Kern liberaler Umweltpolitik. Das heißt konkret: weder Verharmlosung von Ressourcenverbrauch und Artenverlust noch Panikmache und Öko-Aktionismus.

Die PDS-tolerierte SPD-Landesregierung dagegen ist ein Musterbeispiel für konzeptlosen Öko-Aktionismus und ideologisch ausgerichtete Schutzstrategien ohne Rücksicht auf ökonomische Kosten. Immer neue Verordnungen, Auflagen und Verbote mit rein aus Prestige Gründen motivierten Gesetzesnovellen im Abfall- und Naturschutzrecht gestalten nicht den Schutz und die Nutzung der Umwelt, sondern verhindern vernünftiges Wirtschaften, vernichten Arbeitsplätze und schaden dem Land. Die FDP steht demgegenüber für eine berechenbare Umweltpolitik mit einer angemessenen und durchschaubaren Umweltgesetzgebung, die verstärkt mit marktwirtschaftlichen Instrumenten des Umweltschutzes (freiwillige Selbstverpflichtungen, Lenkungssteuern und Zertifikate) gekoppelt werden muss. Die FDP fordert auch eine engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft im

Umweltschutzbereich. Die freiwillige Teilnahme von Unternehmen am Öko-Audit muss in Form von Entlastungen bei der Berichtspflicht und bei Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.

Für eine ganzheitliche Sicht des Naturhaushalts

Naturverbrauch über das Verantwortbare hinaus vernichtet Lebensqualität. Deshalb darf der Umwelt- und Naturschutz nicht einer "elitären Gruppe" überlassen werden, die uns Menschen ausschließlich nach Naturschützern und Naturnutzern katalogisiert und das Allheilmittel in der Ausweisung von Schutzgebieten sieht. Die FDP steht für eine ganzheitliche Strategie im Naturschutz. Das heißt konkret: In Schutzgebieten, in denen landwirtschaftliche und/oder touristische Nutzungen erfolgen, müssen die Naturschutz-, die Agrar- und die Tourismusplanungen als abgestimmtes gemeinsames Konzept entwickelt und vorrangig mit den Mitteln des Vertragsnaturschutzes umgesetzt werden.

Der überwiegende Teil der Schutzgebiete unseres Landes weist den Charakter von Kulturlandschaften auf. Die Landesregierung straft diese Gebiete mit Ausschluss von landwirtschaftlichen und anderen ökonomisch sinnvollen Nutzungen. Pflegemaßnahmen müssen teuer subventioniert werden (Drömling, Colbitz-Letzlinger Heide). Die FDP plädiert hier für die Erarbeitung angepasster Schutz-Nutzungs-Konzepte, um einen langfristigen Schutz durch Erhalt der bisherigen Nutzung zu sichern.

Die FDP wird sich auch dafür einsetzen, stärker als bisher die Biosphäre in die Betrachtungen zum Klimaschutz einzubeziehen. Dies kann u.a. durch eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes in konsequenter Verknüpfung mit einer modernen Agrar- und Forstpolitik geschehen.

Weniger staatliche Reglementierung bei Trinkwasser sowie Abwasser- und Abfallentsorgung

Die FDP fordert, die staatlichen Reglementierungen auf Landesebene im Trinkwasser-, Abwasser- und Abfallbereich abzubauen. Nur so können weitere Erhöhungen der Gebühren in diesem Bereich verhindert werden. Die Gemeinden als die entsorgungspflichtigen Körperschaften brauchen mehr Handlungsspielraum bei der Planung der regionalen Entsorgungsgebiete in einem zwischen Kommunen und Land abgestimmten Rahmenkonzept. Dabei ist die Nutzung von ökologisch und ökonomisch sinnvollen länderübergreifenden Entsorgungsmöglichkeiten auch im Siedlungsabfallbereich vorzusehen.

Die FDP fordert den Abschied von Quotierungen in der Abfallverwertung sowie die Gleichbehandlung von werkstofflichen, rohstofflichen und energetischen Verwertungsmöglichkeiten. Im gesamten Abfallbereich müssen das Verursacherprinzip und die Produktverantwortung stärker zum Tragen kommen. Aufgeschlossenheit gegenüber allen neuen Verwertungs- und Entsorgungstechnologien, aber auch ein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit der thermischen Behandlung des Siedlungsrestmülls gehören zu einer vernünftigen Abfallpolitik.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz muss in mittelstandsfreundlicher Weise novelliert werden. Die Überregulierung der deutschen Abfallpolitik muss beseitigt werden, um

dem Mittelstand wieder eine Chance zu geben, sich an diesem wichtigen Zukunftsmarkt beteiligen zu können. Der Anschluss- und Benutzungszwang muss so verändert werden, dass deutlich mehr Flexibilität entsteht.

Kein Öko-Aktionismus in der Chemikalienpolitik!

Sachsen-Anhalt ist *die* Chemieregion der neuen Bundesländer. Die Chemikalienpolitik hat deshalb unmittelbare Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung des Landes. Wichtigstes Ziel der Chemikalienpolitik ist es, für Mensch und Umwelt Sicherheit beim Umgang mit Chemikalien zu gewährleisten. Im Weißbuch „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ der Europäischen Kommission vom 13.02.2000 wird eine grundlegend neue Strategie für eine systematische Registrierung und Risikobewertung von Chemikalien vorgeschlagen.

Die FDP begrüßt die Absicht des Weißbuches, Mensch und Umwelt besser zu schützen und zugleich Planungssicherheit für die chemische Industrie zu schaffen. Die FDP warnt aber vor überzogenen bürokratischen Vorgaben und erheblichen Kostenbelastungen bei den Zulassungsverfahren für neue und „alte“ Chemikalien. Gerade in der Chemieregion Sachsen-Anhalt muss jedem konzeptlosen Öko-Aktionismus Einhalt geboten werden.

Für einen effektiven Tierschutz

Die FDP steht für einen effektiven Tierschutz. Unabhängig von der BSE-Krise hat die FDP-Bundestagsfraktion eine Gesetzesinitiative zur Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz dem Bundestag vorgelegt. Die FDP in Sachsen-Anhalt wird sich im neuen Landtag für die Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung einsetzen. Vordringlicher Regelungsbedarf ergibt sich bei Tiertransporten und Tierhaltungen. Umstellungen der aktuellen Haltungsformen müssen in angemessener Frist vorgenommen werden. Ziel ist dabei auch eine EU - Harmonisierung der Regelungen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen. Tierversuche zu Ausbildungs- und Forschungszwecken sind zu vermeiden, soweit es dazu Alternativen gibt, diese sollten dann weiterentwickelt und angewendet werden. Tierschutz bedeutet auch verantwortungsvollen Umgang mit Haustieren, emotionale Kampagnen, wie die gegen „Kampfhunde“ sind zu vermeiden. Die Tierheime, mit einer wachsenden Anzahl nicht mehr vermittelbarer Tiere, insbesondere großer Hunde, dürfen den Städten und Gemeinden nicht länger allein zur Last fallen. Private Initiativen einer Einflussnahme sind zu fördern.

Damit hier endlich was passiert:

Bürokratie zurückführen, Landesaufgaben begrenzen!

Zur Entlastung des Landeshaushalts muss die Landesverwaltung schlanker werden. Um dies zu erreichen, müssen Landesaufgaben begrenzt und zurückgeführt werden. Die FDP steht für

- die Überprüfung des Landesrechts nach Regelungen, die unnötige Bürokratie schaffen,
- den Verzicht auf weitere verwaltungsausweitende Gesetze, Verordnungen und Erlasse,

- die zeitliche Befristung von Leistungsgesetzen bei Subventionen und Förderungen,
- die verschärfte Kontrolle der verfassungsrechtlichen Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme,
- die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, soweit ihr Zweck dadurch nicht im Kernbereich gefährdet wird,
- die Begrenzung der Zahl der Landesministerien auf sieben,
- die weitgehende Abschaffung der Sonderbehörden des Landes,
- die konsequente Umsetzung der Sparvorschläge des Landesrechnungshofes,
- den kostensparenden Einsatz moderner Computer- und Netzwerktechnologie in der Landesverwaltung.

Das ausufernde Landesrecht muss umfassend überprüft werden - auf Verständlichkeit und vor allem Entbehrlichkeit der Vorschriften. Dabei sind die vorhandenen Gesetze wie etwa die Landesbauordnung, das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr, die Umweltgesetze und das Kinderbetreuungsgesetz vor allem auch von Vorgaben für die Aufgabendurchführung zu entfrachten, damit die Verantwortlichen vor Ort bei der bürgerfreundlichen Anwendung der Gesetze vermehrt Freiräume für eigenverantwortliches Handeln haben. Die FDP wird die Zahl der Vorschriften in Sachsen-Anhalt deutlich reduzieren. Notwendig ist außerdem der Verzicht auf verwaltungsausweitende Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Neue Gesetze über Subventionen, Förderungen und Leistungen aus dem Landeshaushalt müssen ein "Verfallsdatum" erhalten, d.h. sie treten zu einem von Anfang an feststehenden Zeitpunkt außer Kraft und werden ggf. erst nach grundlegender Überprüfung verlängert.

Die FDP wird die einschlägigen Vorschriften des Landes so verändern, dass der Wirtschaftstätigkeit des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften engere Grenzen gesetzt werden, als dies bisher der Fall ist. Sie wird die Beteiligungen des Landes an privaten Unternehmen, etwa an Versicherungen und der Landesbank, in privates Eigentum überführen. Die FDP wird die Privatisierung konsequent vorantreiben, und zwar bei allen öffentlichen Einrichtungen, soweit der öffentliche Zweck nicht durch effizientes privates Wirtschaften im Kern beeinträchtigt wird. Auch wissenschaftliche und gutachterliche Tätigkeiten sind, soweit sie noch als öffentliche Tätigkeiten wahrgenommen werden, verstärkt zu privatisieren (z.B. Vermessungs- und Umweltaufgaben, technische und medizinische Dienste). Die FDP wird schließlich auch die Möglichkeiten prüfen, öffentliche Aufgaben im Bildungsbereich verstärkt durch private, öffentlich anerkannte und geförderte Einrichtungen wahrnehmen zu lassen (z. B. Schulen in freier Trägerschaft).

Die FDP wird die Anzahl der Landesministerien auf sieben reduzieren. Es verbleiben dann folgende Ressorts (Kurzbezeichnungen in alphabetischer Reihenfolge): Finanzen, Innen, Justiz, Kultus, Landwirtschaft/Umwelt, Soziales und Wirtschaft. Die öffentlichen Aufgaben sind, soweit irgend möglich, auf der Ebene der Stadt- und Landkreise und der Mittelinstanz zu bündeln und die Sonderbehörden des Landes weitgehend abzuschaffen.

Die Missachtung von Sparvorschlägen des Landesrechnungshofes, wie sie unter der PDS-tolerierten SPD-Landesregierung üblich ist, muss ein Ende haben. Die FDP wird dafür sorgen, dass die Hinweise des Landesrechnungshofes auf Einsparmöglichkeiten beachtet und umgesetzt werden: Unnötiger bürokratischer

Aufwand ist zu vermeiden, und Zuschüsse der EU- und des Bundes sind auch tatsächlich voll auszuschöpfen.

Keine Freiheit ohne Sicherheit

Grundbedingungen für eine liberale Gesellschaft sind Freiheit und Sicherheit eines jeden Bürgers. Es ist eine der Kernaufgaben des Staates, für Sicherheit zu sorgen. Die FDP steht für eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität, und zwar durch sachgerechte Umsetzung der vorhandenen Gesetze und einen angemessenen Polizeischutz. Die Polizei braucht dafür nicht nur eine moderne Ausrüstung, sondern auch die volle Rückendeckung der Politik. Auf dem Rücken der Polizisten dürfen keine politischen Konflikte ausgetragen werden.

Vorsicht ist besser als Nachsicht – Kriminalprävention verbessern

Kriminalität soll nach Möglichkeit erst gar nicht entstehen. Für Liberale ist es deshalb selbstverständlich, dass vor allem die Jugend- und Familienpolitik darauf hinwirken muss, dass gerade junge Menschen nicht „auf die schiefe Bahn“ kommen und, geschieht es doch, den Rückweg aus dem kriminellen Milieu finden. Die Familie, aber auch die Lehrer sind gefragt, dazu ihren aktiven Erziehungsbeitrag zu leisten und damit die vielfältigen Ursachen von Kriminalität gar nicht erst aufkommen zu lassen. Zur Unterstützung von Eltern und Lehrern in dieser Aufgabe fordert die FDP

- den weiteren Ausbau kinder- und jugendgerechter Wohnumfelder mit ausreichenden Spiel- und Aufenthaltsplätzen,
- pädagogische Mitarbeiter bei den Polizeidienststellen,
- konsequente Anwendung der bestehenden gesetzlichen Erziehungsmittel für nicht strafmündige Kinder und Jugendliche,
- Fortführung der Substitutionsprogramme und Ausbau von Therapieplätzen für Drogenabhängige,
- Einrichtung von geschlossenen Abteilungen in Jugendheimen nach modernen Betreuungs- und Erziehungskonzepten.

Für mehr Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum

Die FDP verlangt für Sachsen-Anhalt

- eine erhöhte Straßenpräsenz von Polizeibeamten, und zwar nicht nur im PKW, sondern auch als Fuß- oder Fahrradstreife auf den Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln,
- die verstärkte Einrichtung mobiler Polizeiwachen an Schwerpunkten der Kriminalität,
- die konsequente Bekämpfung illegaler Graffitis, die unsere Städte verschandeln und zu einer Verrohung des öffentlichen Raums beitragen,
- in der Gesetzgebung die volle Strafbarkeit von illegalen Graffitis als Sachbeschädigung,
- die volle Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten des beschleunigten Strafverfahrens,
- mehr Polizeikräfte und Personal für die Strafverfolgungsbehörden, soweit sich dies für die Herstellung der öffentlichen Sicherheit als notwendig erweist,
- eine verbesserte technische Ausstattung der Polizeireviere, insbesondere mit neuester Computertechnik.

Eine flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze lehnt die FDP ab, weil es sich um eine undifferenzierte Maßnahme handelt, die nicht wirklich zielgerichtet auf die Bekämpfung der Kriminalität gerichtet ist. Die Videoüberwachung ist aber dann zulässig, wenn sie im Einzelfall zum Schutz höherer Güter notwendig erscheint. Die FDP fordert deshalb ein Videoüberwachungsgesetz. Dieses muss regeln, unter welchen Umständen sowohl die öffentliche, als auch die private Videoüberwachung zulässig sind, und wie das aufgezeichnete Videomaterial zu behandeln ist.

Hunde dürfen keine Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Die Kommunen müssen gehalten sein, die bereits heute vorhandenen ordnungsrechtlichen Möglichkeiten (z.B. Leinenzwang auf öffentlichen Wegen) auch konsequent durchzusetzen. Allerdings muss der Umgang mit den Tieren und ihren Haltern auch von staatlicher Seite her fair sein. Die FDP lehnt eine pauschale Kriminalisierung von Haltern bestimmter Rassen ab. Im Einvernehmen mit dem Bundesverband der Veterinärmediziner erachtet die FDP auch die pauschale Einstufung der Gefährlichkeit von Hunden allein aufgrund ihrer Rasse als unzulässig. Geboten ist eine Prüfung im Einzelfall für auffällig gewordene Tiere anhand anerkannter Wesenstests. Erst wenn diese Tests die Gefährlichkeit eines Tiers belegen, sind angemessene Sondermaßnahmen zum Schutz der Öffentlichkeit angebracht.

Effektive Justiz – Recht muss Recht bleiben

Gerichtsverfahren müssen zügig, zeitnah und für den Bürger verständlich sein. Die FDP fordert eine Entstaubung der Verfahrensvorschriften und eine Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung der Gerichte. Der Ausbau der Informationstechnik bei Justiz und Polizei ist vordringlich.

Um der Kostenlawine bei Großveranstaltungen entgegenzuwirken, fordert die FDP eine stärkere finanzielle Beteiligung kommerzieller Veranstalter bei Großveranstaltungen. Es ist nicht einzusehen, dass der Steuerzahler für die Sicherungsmaßnahmen aufzukommen hat, die andere zu verantworten haben. Es muss auch hier das Verursacherprinzip zur Geltung gebracht werden.

Politischer Extremismus

Liberalen lehnen Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab. Extremistischer Gewalt, von welcher Seite auch immer, muss die wehrhafte Demokratie wirksam entgegentreten. Dies gilt nicht nur für die Gewalt gegen Personen, sondern auch für die Gewalt gegen Sachen. Wirksamste Prävention vor politischer Gewalt ist die offensive Auseinandersetzung mit extremistischem Gedankengut in der Öffentlichkeit, in der Schule und in den Elternhäusern. Eine solche Diskussion muss offensiv geführt werden, damit sie ihre Glaubwürdigkeit nicht verliert. Politische Bildung und die Vermittlung sozialer Werte verdient größte Aufmerksamkeit. Insbesondere unser Bildungssystem ist gefordert, den Abbau von Vorurteilen, die Kompromissfähigkeit bei Konflikten und soziale Tugenden wie Höflichkeit, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft wieder verstärkt zu vermitteln.

Die FDP steht für ein weltoffenes, tolerantes Deutschland und für das friedliche Zusammenleben aller Menschen, ungeachtet ihrer Weltanschauung, Religion, Kultur und Hautfarbe. Wichtigster Nährboden für politische Extremisten in Sachsen-Anhalt

ist die schwierige Lage am Arbeitsmarkt. Solange viele Jugendliche Angst um Arbeits- und Ausbildungsplätze haben, werden sie nicht mit Selbstbewusstsein in die Zukunft blicken. Und wer nur wenig Selbstbewusstsein hat, der ist erfahrungsgemäß eher anfällig für die scheinbar schnellen und einfachen Lösungen, die der politische Extremismus bietet. Eine gute Wirtschaftspolitik für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze ist deshalb ein wichtiger Beitrag zum Kampf gegen den politischen Extremismus gleich welcher Ausrichtung.

Zuwanderungs- und Integrationspolitik

Die FDP hat als erste Partei einen Gesetzentwurf zur Zuwanderung in den Bundesstag eingebracht. Es handelt sich dabei um ein klares Konzept zur kontrollierten Zuwanderung, die sich an den Bedürfnissen der Bundesrepublik Deutschland orientiert.

Ohne vernünftige Integration ist jedes Zuwanderungskonzept zum Scheitern verurteilt. Die FDP fordert deshalb eine bessere Integration der Zuwanderer und der bereits hier lebenden Ausländer und Spätaussiedler in die deutsche Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Dazu zählt auch, dass die Zuwanderer veranlasst werden, in entsprechenden Kursen vertiefte deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Nur so werden sie am Arbeitsmarkt erfolgreich sein, und dies ist eine Grundvoraussetzung für ihre Integration.

Damit hier endlich was passiert: Mehr Chancen für die Jugend und Frauen

Jugend fördern und fordern

Jugendpolitik darf nicht als ein Spezialgebiet angesehen werden, das sich von den anderen Teilgebieten der Politik fein säuberlich trennen lässt. Vielmehr zieht sich die Verantwortung für kommende Generationen wie ein Leitfaden durch fast alle Bereiche der Politik. Es geht im Kern um die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensgrundlagen für künftige Generationen. Solidarität ist für Liberale gerade auch die Solidarität zwischen den Generationen.

Die FDP sieht

- in einer zukunftsorientierten **Bildungspolitik** nicht nur das Ziel, die reine Fachausbildung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen voranzubringen, sondern vor allem auch die Erziehung und Wertevermittlung, um die Kinder und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt für ihr künftiges Leben in einer offenen Gesellschaft vorzubereiten,
- in einer offensiven **Wirtschafts- und Standortpolitik** für mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze das Ziel, die jungen Menschen vor der Arbeitslosigkeit zu bewahren, ihnen in Sachsen-Anhalt eine berufliche Zukunft zu eröffnen und damit zu helfen, sie freiwillig in unserem Land zu halten,
- in der **Jugendpolitik** weit mehr als "Betreuungspolitik von Erwachsenen für Minderjährige", nämlich eine Hinführung der Jugendlichen zur Übernahme von Verantwortung in allen Lebensbereichen - durch Förderung von Eigeninitiative, Selbständigkeit, Mitwirkung und Bewusstsein für die Gemeinschaft,

- in einer verantwortungsvollen **Familien- und Sozialpolitik eine zentrale Aufgabe**, damit familiäre und berufliche Pflichten für die Ehepartner besser als bisher zu vereinbaren sind, und zwar ohne dass Kinder und Jugendliche darunter leiden.

Mehr Chancen für Frauen, mehr Arbeitsplätze

Die Frauenpolitik der PDS-tolerierten SPD-Landesregierung ist gescheitert. Die Arbeitslosenquote ist bei Frauen deutlich höher als bei Männern. Auflagen für Firmen durch das Frauenförderungsgesetz sollen Frauen neue Chancen eröffnen, bewirken aber das genaue Gegenteil. Sie blockieren den Weg zur tatsächlichen Gleichstellung von Männern und Frauen, weil sie durch bürokratische Vorschriften das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen behindern.

Die FDP steht für die Gleichstellung der Frauen **ohne** Quote. Wichtigstes Instrument dazu ist eine gute Wirtschafts- und Standortpolitik, die dafür sorgt, dass viele neue Arbeitsplätze entstehen; denn von einer insgesamt verbesserten Arbeitsmarktlage werden die Frauen besonders profitieren, genau so, wie sie derzeit unter der schlechten Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt leiden. Weitere Instrumente sind der Abbau von Benachteiligungen und gezielte Unterstützung. Dazu zählt vor allem die Beseitigung von Hindernissen, die einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegenstehen, insbesondere durch

- ein breites und differenziertes Angebot der Kinderbetreuung (Horte, Kindertagesstätten),
- flexible Arbeitszeitmodelle und dezentrale Unternehmensstrukturen (z.B. Teleworking zu Hause),
- Existenzgründungen verdienen besondere Förderung.

Damit hier endlich was passiert: Für ein freiheitliches Gesundheitswesen

Die FDP steht für ein freiheitliches Gesundheitswesen und wendet sich deshalb gegen eine verordnete Rationierung von Gesundheitsleistungen. Die Budgetierung ist der falsche Weg. Die FDP setzt sich für die freie Arztwahl und die Therapiefreiheit ein. Sie bekennt sich zur Mitverantwortung des Bürgers für seine Gesundheit.

Das Gesundheitswesen muss leistungsstark und finanzierbar bleiben. Die FDP fordert daher eine Umstrukturierung der gesetzlichen Krankenversicherung und setzt auf die Stärkung des Wettbewerbes in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens. Mehr Wahlmöglichkeiten für Patienten, z. B. zwischen ambulanter und stationärer Behandlung, und der Abschluss von Verträgen zwischen verschiedenen Leistungserbringern und den Krankenkassen tragen zur Stärkung des Wettbewerbs bei.

Die FDP fordert den verantwortlichen Umgang der Krankenkassen mit den Arbeitgeber- und Versichertengeldern und eine erhöhte Transparenz der Krankenversicherungskosten für den einzelnen Versicherten. Eine Information des Versicherten über Art, Umfang und Kosten der medizinischen Leistung muss auf Anforderung gewährleistet werden.

Ergänzung bzw. Ausnahme: Impfungen für Neugeborene und Kleinkinder sollten weiter zum Pflichtangebot aller Krankenkassen gehören. Bisher werden notwendige Impfungen von Primär- und Ersatzkassen unterschiedlich erstattet.

Der Leistungskatalog des Gesundheitswesens muss entrümpelt und auf das medizinisch Notwendige beschränkt werden.

Gesundheitsförderung und Prävention gehören zum Leistungsangebot der Krankenkassen, können aber nur durch freiwillige zusätzliche Zahlungen der Versicherten realisiert werden.

Ergänzung bzw. Ausnahme: Impfungen für Neugeborene und Kleinkinder sollten weiter zum Pflichtangebot aller Krankenkassen gehören. Bisher werden notwendige Impfungen von Primär- und Ersatzkassen unterschiedlich erstattet.

Mehr Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung der Bürger – gegen die Budgetierung

Die FDP setzt sich für die Stärkung der Eigenverantwortung und Eigenbeteiligung der Bürger ein. Hierzu werden Anreize für die Förderung eines gesundheitsbewussten Verhaltens gewährt, wie z.B. Boni oder Beitragsrückgewähr.

Die Honorierung der Ärzte und Zahnärzte muss auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Wir fordern leistungsgerechte Vergütungen im ambulanten und im stationären Bereich. Eine schrittweise Anpassung der Vergütungen in Ost und West ist unumgänglich.

Die Budgetierung schafft kein patientengerechtes Gesundheitssystem. In den Vordergrund der Betrachtungen gehören vielmehr die Versicherten und Patienten mit ihren Bedürfnissen. Jeder soll die Möglichkeit bekommen, seinen Versicherungsschutz individuell zu gestalten.

Zur Kostenminimierung und Qualitätssteigerung im Gesundheitswesen sehen die Liberalen folgende Möglichkeiten:

- Aufwertung der ambulanten ärztlichen Tätigkeit und Berücksichtigung der dringend notwendigen Nachwuchsausbildung im Hausarztbereich
- qualifiziertes Angebot im Bereich des ambulanten Operierens
- Förderung von Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften im Interesse einer besseren fachärztlichen Versorgung bei Einsparung von Doppeluntersuchungen und Wegezeiten
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen für Krankenhaus und ambulante Praxen bei stärkerer Vernetzung von ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten

Für den stationären Bereich sowie die Rettungsdienste fordert die FDP:

- Mehr Mitspracherecht der Kassen, Berufsgenossenschaften und Leistungserbringer hinsichtlich der Standortwahl bei Krankenhäusern und im Bereich der Krankenhausbettenplanung

- Wahrung der Vielfalt der Trägerschaft von Krankenhäusern und Rettungsdiensten bei Schaffung einer flächendeckenden Versorgung
- Das Rettungsdienstgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gehört auf den Prüfstand. Gewerbliche Anbieter sind grundsätzlich an den Ausschreibungen zu beteiligen und dürfen nicht steuerlich benachteiligt werden. Mehr Wettbewerb in der Notfallrettung und im qualifizierten Krankentransport ist erforderlich.

Mehr Qualität in der Pflege

Im Sinne der Subsidiarität sieht die FDP in Selbstverwaltungsstrukturen eine bürgernähere und flexiblere Aufgabenerfüllung. Die FDP trägt der zunehmenden Bedeutung der Pflegeberufe Rechnung und tritt für eine angemessene Selbstorganisation der entsprechenden Berufsgruppe ein.

Damit hier endlich was passiert: Solide Finanzen für das Land und seine Städte, Gemeinden und Kreise.

Die Einfallslosigkeit der Finanzpolitiker der Minderheitsregierung fand in den letzten Jahren ihren besonderen Ausdruck in der fortschreitenden Beschneidung der kommunalen Finanzaufweisungen.

Die FDP wird als Regierungspartei im Dialog mit den Gemeinden einen fixen Betrag festlegen, der sich bei jeder neu übertragenen Aufgabe erhöht, aber nicht verringert werden kann. Die Kommunen brauchen Planungssicherheit, um ihre Rolle als Interessenwahrer der Bürger und Initiator von Investitionen wahrnehmen zu können. Für die Liberalen heißen „freiwillige Leistungen“ so, weil hier die Kommunalpolitiker ohne staatliche Vorgaben für ihr Gemeinwesen tätig werden und nicht, weil diese Freiwild der Landesfinanzen sind.

Das Land Sachsen-Anhalt droht in einer unüberschaubaren Ansammlung von Gemeindemodellen unterzugehen. In keinem anderen Bundesland wird der Versuch unternommen, Einheitsgemeinde, Verbandsgemeinde, Regionalkreise und traditionelle Organisationsformen nebeneinander bestehen zu lassen. Ein Chaos der Zuständigkeiten wird den Bürger verwirren und Politikmüdigkeit fördern. Die Mitwirkung am Gemeinwesen wird unattraktiv.

Die FDP steht zum Modell der umfassend zuständigen Gemeinde in der Verwaltungsgemeinschaft, angepasst an die neue Verwaltungsstruktur im Lande, ohne Fusionszwänge oder Verluste von Zuständigkeiten auf Zwischenebenen.

Zunehmend verlieren die Städte und Gemeinden des Landes ihre Handlungsfähigkeit durch wachsende Personalkosten in einem gleichbleibenden oder rückläufigen Gesamtetat. Freiwillige Leistungen können nicht mehr erbracht werden.

Die FDP setzt sich für eine Rückgewinnung der Freiheit der Entscheidung ein, wofür die Kommunen ihre Mittel verwenden möchten. Mittels Vergabe von nichthoheitlichen Leistungen an Dienstleister kann soviel wie notwendig bestellt werden, ohne langfristig die Gemeinde zu binden. Häufig sind Private in der Lage, Leistungen preiswerter zu erbringen und gestatten so, mehr Dienste dem Bürger anzubieten, ohne ständig an der Gebührenschaube zu drehen.

Die irrije Idee, den Zuweisungsempfängern Vorschriften über die Verwendung machen zu müssen, weil diese sonst nicht mit dem Geld umgehen könnten, hat zu einem ständig straffer werdenden "goldenen Zügel" bei den Landeszuweisungen, insbesondere im Kulturbereich und bei Investitionsfördermitteln, geführt. Fördermittelgeber bestimmen direkt und indirekt die gesamten Investitionen der Kommunen.

Die FDP geht grundsätzlich davon aus, dass vor Ort die Entscheidungen viel zielführender und verantwortlicher getroffen werden können und wird den Gemeinden und Kreisen ihre Kompetenzen zurückgeben.

Für starke Städte, Gemeinden und Landkreise

Den Kommunen als Teil der öffentlichen Verwaltung wurde in den letzten 8 Jahren übel mitgespielt. Landesregierung und Landtag betrachteten die Städte, Gemeinden und Landkreise als Versuchsfeld für untaugliche Verwaltungsvorschläge und als Sparschwein des Landes. Mit ständig neuen Ideen der Übertragung von Aufgaben ohne realistische Gegenfinanzierung wird die kommunale Hoheit ausgehöhlt. Verwaltungsmodelle ohne Zahl und ohne Zusammenhang verunsichern Gemeinderäte und Bürgermeister.

Mit der FDP wird endlich wieder Klarheit in unsere Kreise und Gemeinden einziehen. Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist oberstes Ziel liberaler Landespolitik für die kommunalen Gebietskörperschaften.

Die FDP sieht in einer Gebietsreform einen derart starken Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, dass diese einer gewichtigeren Begründung bedarf, als bloße Mindesteinwohnerzahlen. Auch das viel beschworene Kostenargument wiegt gering im Verhältnis zur Aufgabe der bestmöglichen Dienstleistung für den Bürger.

Wir werden eine Verwaltungsreform durchführen, um Entscheidungswege zu beschleunigen, Entscheidungen näher zum Bürger zu bringen, Kompetenzen zu bündeln und die Kommunen zu stärken.

Im Ergebnis dieser Vorstellungen zur Verwaltungsreform wird gemeinsam von Landesregierung, Landtag und Kommunen das optimale Modell der Neugliederung unserer Gemeinden und Landkreise entwickelt. Dieses Modell wird von einem Konsens aller Beteiligten getragen und ist damit durch das Freiwilligkeitsprinzip geprägt.

Schluss mit der Gesetzesflut

Eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen müssen in ihrer Weitergeltung hinterfragt werden, da sie entweder Sachverhalte regeln, die heute irrelevant sind oder ein Netzwerk von Regulierungen über das tägliche Leben legen, das alles verlangsamt. Die Gemeinden und Landkreise sind fast immer mit der Umsetzung derartiger Regelungen beauftragt und verbrauchen einen hohen Anteil ihrer Kraft für Dinge, die mehr entwicklungshemmend denn –fördernd sind.

Die FDP wird die Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes Sachsen-Anhalt gründlich ausforsten, um den Kommunen wieder Luft für ihre ureigensten Aufgaben zu lassen.

Trotz großer Programme und Kommissionen hat die Landesregierung es nicht vermocht, die Situation der Abwasserverbände zu verbessern. Hohe Beiträge und Gebühren schröpfen die Bürger und schrecken Investoren ab. Die Rückkehr zu sozialistischen Großverbänden streut lediglich die Schulden breiter, ohne Handlungsfähigkeit zu erzeugen.

Die FDP wird Schluss machen mit den untauglichen Versuchen, mittels teurer Überlandleitungen Unbeteiligte an der Bezahlung von Fehlinvestitionen zu beteiligen. Kranke Verbände müssen über Umschuldungen wieder handlungsfähig werden und gesunde Verbände durch innovative Vor-Ort-Lösungen ihre Aufgabe qualifiziert wahrnehmen dürfen.

Große Unternehmen haben in den letzten Jahren einen Bogen um Sachsen-Anhalt gemacht. Dieser Missstand ist auch durch die mangelnde Unterstützung vieler Bemühungen der Städte und Gemeinden durch die Landesregierung verursacht.

Die FDP wird kommunale Netzwerke im Bereich der Wirtschaftsförderung stärker unterstützen. Ideen und Modelle der Städte und Gemeinden sollen eine höhere Priorität in der Wirtschaftspolitik des Landes erhalten.

Erfolgreichen Gemeinden soll ihr Erfolg zu Gute kommen und nicht durch Gegenrechnung aller zusätzlichen Steuereinnahmen im kommunalen Finanzausgleich entzogen werden.